

„Nein zum Fiskalpakt – Stoppt den Putsch des Finanzkapitals“

Kundgebung und Demonstration

Samstag, 23.6.2012, 12⁰⁰ Nürnberger Str. 4, Erlangen

Am 29.6.2012 soll im Bundestag der Fiskalpakt und der „europäische Stabilitätsmechanismus“ beschlossen werden. Diese Verträge verpflichten die Bundesrepublik zur Einführung einer sog. Schuldenbremse und entziehen große Teile des Staatshaushaltes der Kontrolle durch die gewählten Volksvertreter. Die Erfahrung mit der Bankenkrise zeigt: Im Ergebnis übergeben die Parlamente der EU-Staaten dem Finanzkapital die Kontrolle über unser Geld, aber auch über unsere Steuergesetze.

Hat ein Land mehr Schulden als 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), muss es seine Haushaltsgrundsätze von der nicht gewählten europäischen Kommission genehmigen lassen. Diese kann so ihre neoliberale Politik an den Parlamenten vorbei durchsetzen: Lohnsenkungen, Steuern erhöhen für die Lohnabhängigen, aber Steuern senken für die Wirtschaft. Derzeit beträgt der Durchschnitt der Verschuldung im „Euroland“ ca. 85% des BIP.

Das vorgebliche Ziel – den Schuldenabbau – wird der Vertrag nicht erreichen. Im Gegenteil: Weil die erlaubte Verschuldung in der Rezession sinkt, muss der Staat in der Krise stärker kürzen. So erzwingt der Vertrag in der Rezession Ausgabenkürzungen wie unter Brüning in der Weimarer Republik.

Dieser Vertrag ist unkündbar und kann von uns WählerInnen nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Allein deshalb muss der Vertrag gestoppt werden – weil er undemokratisch ist und eine Augenblicksentscheidung auf Dauer der Entscheidung zukünftiger WählerInnen entzieht.

Die neue Schuldenbremse gilt auch für die Gemeinden und ihre „Nebenhaushalte“. Obwohl es teurer für die Bürger ist, werden daher z.B. Erweiterungen eines Klärwerks oder Wärmedämmung von Schulen nur noch nach deren Privatisierung möglich sein: Denn die Kommune darf dafür keine Schulden mehr machen.

Wir fordern alle Abgeordneten des deutschen Bundestages auf, diese Verträge abzulehnen.

Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein, sie kommt von z.B. Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, aus der IG Metall, der GEW und von Globalisierungskritikern wie z.B. attac.

GEW Erlangen, Erlanger Sozialforum, attac Erlangen

Diesen Aufruf unterstützen:

Sozialforum Fürth, Jusos Erlangen, Grüne Liste, Die Linke KV Erlangen, Erlanger Linke, DKP Erlangen, Prof. Gerhard Steeger, Werner Lutz, Isa Paape, Dieter Domabil.

Die SPD Erlangen ruft zur Kundgebung auf.